

## **Wir sind das Stadtbild!**

### **Position der Delegiertenversammlung der Psychotherapeutenkammer Berlin zur aktuellen Stadtbild-Diskussion**

Artikel 3 unseres Grundgesetzes lautet: „Niemand darf wegen seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden.“

Die Äußerungen des Bundeskanzlers Friedrich Merz zum „Problem im Stadtbild“ im Zusammenhang mit Migration sind diskriminierend und verletzend. Menschen mit Migrationsgeschichte, die hier in Deutschland leben und einem vermeintlich typisch deutschen Erscheinungsbild nicht entsprechen, werden allein deswegen abgewertet und ausgegrenzt. Ebenso sind offensichtlich wohnungslose oder in Armut lebende Menschen betroffen sowie alle anderen, die nicht in die Vorstellung des Bundeskanzlers von einem deutschen, sauberen Stadtbild passen.

Weniger Populismus und nachträgliche Rechthaberei, dafür mehr Besonnenheit wären angemessener gewesen.

Als Psychotherapeut\*innen stehen wir für ein gesellschaftliches Klima der Offenheit, Vielfalt und Toleranz, ohne die Verleugnung unvermeidbarer Konflikte. Diskriminierung sowie soziale und materielle Ausgrenzung gefährden den gesellschaftlichen Zusammenhalt und schaden der psychischen und physischen Gesundheit aller Menschen. Die Würde aller Menschen ist unantastbar.

Wir erwarten vom Bundeskanzler und von allen politisch Verantwortlichen, sich der Tragweite solcher spaltenden Äußerungen bewusst zu sein, sensibel und präzise zu sprechen und eine grundsätzlich empathische und reflektierte Haltung einzunehmen – besonders gegenüber Menschen, die vor Krieg, Vertreibung, Gewalt oder den Folgen der Klimakrise fliehen müssen. Niemand verlässt freiwillig sein Zuhause und begibt sich auf eine oft lebensgefährliche Reise in der Hoffnung auf ein sicheres Leben. Das Recht auf Asyl ist ein Grundrecht. Es muss vorurteilsfrei geprüft werden, und geflüchtete Menschen müssen bei der Integration in unsere Gesellschaft unterstützt werden, um ein friedliches Zusammenleben für alle ohne Ausgrenzung zu ermöglichen.

Berlin, den 08.11.2025